



Der Präsident hat das Wort

Die Invalidenversicherung wird erneut angegriffen

Die Invalidenversicherung (IV) ist schon wieder die Zielscheibe jener Kreise, die drastische Abbaumassnahmen in den Sozialversicherungen fordern. Seit 2004 hat eine Reihe von Revisionen stattgefunden und jede enthielt Einsparungen auf dem Rücken von Personen, die schon vom Schicksal gezeichnet sind. Seither sind die Leistungen an behinderte Personen um mehr als 700 Millionen Franken pro Jahr reduziert worden. Ferner wird die erste Stufe der 6. IV-Revision, die seit 1. Januar 2012 in Kraft ist, zu Reduktionen oder Streichungen einer grossen Anzahl Renten führen. Aber damit nicht genug. In der Wintersession wird der Nationalrat die zweite und gemäss dem Sanierungsplan letzte Stufe der 6. IV-Revision behandeln. Diese sieht jedoch in der gegenwärtigen Form dramatische Massnahmen vor. Die Invalidenorganisationen - es sind 46 - haben sich in einem Verband zusammengeschlossen und schlagen Alarm, denn sie sagen Nein zu einem neuen Leistungsabbau.

Ein neues, unnötiges Rentensystem

Die Grenze der ertragbaren Leistungskürzungen ist erreicht. Gemäss den Zahlen des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) ist die Gesundung der IV ohne eine neue Revision möglich. Bevor man über einschneidende Massnahmen diskutieren kann, sollte man die Auswirkungen der letzten Revisionen betrachten. Der Bundesrat zögert selbst, die ursprünglich vorgesehenen Einsparungen (700 Millionen Franken) durchzusetzen. In seiner Botschaft an das Parlament hat er übrigens mehr als die Hälfte (375 Millionen Franken) gestrichen. Der Ständerat, der dieses Thema in der Sommersession behandelt hat, scheint gleicher Meinung zu sein.

Die vorgesehenen Massnahmen

Gemäss dem neuen System, wonach Einsparungen von 150 Millionen Franken erreicht werden sollen, könnte es zu Einkommenseinbussen von bis zu 30% kommen. Gemäss der ersten, in der IV-Revision 6b vorgesehenen Massnahme werden die gegenwärtigen vier Rentenstufen (Viertelrente, halbe Rente, Dreiviertelrente, ganze Rente) durch ein lineares System ersetzt, in welchem jede Invaliditätsstufe einer bestimmten Rente entspricht. Gemäss dem

Bundesrat sollte diese Massnahme die berufliche Wiedereingliederung der Rentner erleichtern und gewisse "Schwelleneffekte" verhindern. Die Idee ist verlockend, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Es sind jene Personen, welche einen Invaliditätsgrad von über 60% aufweisen, die unter diesem neuen System eindeutig am meisten leiden. Diese Rentenkürzungen sollten es theoretisch den Rentenbezüglern erlauben, ihre "restlichen Erwerbsfähigkeiten" besser auszunützen. Man muss aber berücksichtigen, dass heute viele Arbeitgeber unseres Landes, besonders die kleinen und mittleren Unternehmen, Mühe haben, die Arbeitsplätze ihres gesunden Personals zu halten. Um den Absichten der Revision 6b gerecht zu werden, müssten die Arbeitgeber Stellen mit schwachem Arbeitsvolumen für die am meisten behinderten Personen schaffen. In Anbetracht der auf dem Arbeitsmarkt geltenden Bedingungen ist das "ein grosser Traum".

Die Reduktion der Kinderrenten ist der zweite Stolperstein dieser Revision 6b. Heute hat ein Kind von invaliden Eltern Anrecht auf eine Zusatzrente von 40% der Hauptrente. In dieser Revision ist vorgesehen, die Kinderrenten auf 30 % der Hauptrenten zu senken. Auf diese Weise würde das Einkommen von 60'000 Familien reduziert. Zahlen sprechen lauter als Worte. 2011 betrug die Durchschnitts-IV-Rente in der Schweiz 1'415 Franken pro Monat. Für Kinder erhielt ein IV-Rentner durchschnittlich 531 Franken pro Kind und pro Monat (Zahl Dezember 2010). Wenn der Nationalrat die Beschlüsse des Ständerats und des Bundesrats nicht korrigiert, dann werden Kinderrenten durchschnittlich um einen Viertel gesenkt.

Stopp dem Massaker

In der gegenwärtigen Form ist das Projekt unververtretbar und liegt jenseits der Grenze des Ertragbaren. Vergessen wir nicht, dass die IV-Renten schon heute unter dem Existenzminimum liegen. Fast 40% der IV-Rentner sind abhängig von Ergänzungsleistungen. Wenn die 6b in die Praxis umgesetzt wird, dann wird sich diese Abhängigkeit massiv erhöhen. Wenn man mit einer Behinderung leben muss, wird man leicht verwundbar. Auch IV-Rentner sollen

ein menschenwürdiges Leben führen können, weshalb man ihre Lage nicht noch weiter verschlechtern darf. Wenn das Parlament das Projekt in der gegenwärtigen Form gutheisst, dann wird bestimmt das Referendum ergriffen. Die VASOS*) und auch die Schweizerische Rentnervereinigung werden es unterstützen. Das wäre die Antwort an die arroganten Kreise, welche Einsparungen

auf dem Rücken der Schwächsten vornehmen wollen.

Michel Pillonel

*)VASOS, Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz, ein Dachverband, welchem unsere Vereinigung angehört.

Die waadtländische Rentnervereinigung feiert ihren 20. Geburtstag und blickt in die Zukunft

2012 ist für die waadtländische Rentnervereinigung (FVR) eine wichtige Etappe in ihrem Werdegang: Es stehen 20 Kerzen auf ihrem Geburtstagskuchen. Am 2. Oktober stiegen etwa 450 Mitglieder an Bord des Passagierschiffs «Lausanne» und genossen eine Rundfahrt auf dem Genfersee. Die Sonne und das milde Herbstwetter begleiteten die Truppe.

Es war der Wunsch des Zentralvorstands, diesen Geburtstag auf einfache und unspektakuläre Weise zu feiern. Es herrschte eine kameradschaftliche Stimmung und den Teilnehmern/innen wird dieser Tag in bester Erinnerung bleiben.

Gleichzeitig und auch anlässlich dieses Geburtstags muss die FVR ihre Lage überdenken und einen Weg für eine Weiterentwicklung finden, um ihre Präsenz zu steigern und ihrer Zielsetzung einen grösseren Bekanntheitsgrad zu geben. Die FVR kämpft für eine bessere Eingliederung der Rentner/innen in das politische, kulturelle und soziale Gesellschaftsleben. Tatsache ist aber, dass die FVR eine starke Abnahme ihres Mitgliederbestandes hinnehmen muss (mehr als 1'000 Personen in den letzten paar Jahren) und dass neue Mitglieder schwer zu finden sind, was vor allem für motivierte Verantwortungsträger gilt. Man muss auch wissen, dass sie finanziell schwach ist, denn ihr Einkommen besteht nur aus

den bescheidenen Beiträgen der Einzelmitglieder und sie erhält natürlich keine Subvention irgendwelcher Art.

In Anbetracht der immer längeren Lebenserwartung in unserer Gesellschaft könnte man meinen, dass es leicht sei, neue Mitglieder zu gewinnen. Ferner muss man auch feststellen, dass es im Kanton Waadt zahlreiche Vereinigungen gibt, ungefähr zwanzig, welche die Interessen der Rentner/innen vertreten. Als Beispiele kann man erwähnen: AVIVO, L'Ecole des grands-parents, la Fédération des clubs d'âinés, la Fédération vaudoise de gymnastique pour personnes âgées, le Mouvement des âinés, le Service d'entraide bénévole, und natürlich die FVR.

Wenn zur heutigen Zeit Schönheit, Stärke und Jugend von den Medien hochgespielt werden und die Kaufkraft der Senioren gross ist, so sollte man sich daran erinnern, dass es in der Vergangenheit andere Zeiten gab, insbesondere im hellenistischen Griechenland. Die FVR muss vorwärts schreiten und die nötigen Kräfte und Mittel finden, um die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen, trotz ein paar Alterserscheinungen.

Yverdon, 22. Oktober 2012

Christiane Layaz-Rochat, Präsidentin der FVR.

Eine Brücke in die nahe Zukunft

Am 24. Mai 2012, am Schluss der Generalversammlung unserer Rentnervereinigung «GenerazionePiù» hat der Präsident, Giacomo Falconi, den anwesenden Mitgliedern mitgeteilt, dass uns der Zentralsekretär, Claudio Franscella, verlassen werde. Gleichzeitig gab er seiner Überzeugung Ausdruck, dass Claudios Tätigkeit während den letzten fünf Jahren für uns ein Gewinn war.

Während dieser Zeit fand eine grundlegende Restrukturierung statt, indem, dank der Arbeit des Zentralsekretärs, «die invaliden AAPI-Rentner» durch GenerazionePiù ersetzt wurden. Unser Ziel besteht darin, den über 60, resp. 65-jährigen Menschen mit viel Einfühlungsvermögen zu begegnen, deren Würde zu respektieren

und deren Lebenserfahrung und Gedächtniskraft zu schätzen.

In dieser schwierigen Übergangsphase haben wir bewiesen, dass der Zusammenhalt zwischen dem Präsidenten, den Sektionspräsidenten, dem Vorstand, den anderen Vertretern von GenerazionePiù und den kantonalen und schweizerischen Organen sehr gross ist. Alle haben denselben Willen, das bisher erreichte Leistungsniveau mindestens zu halten oder noch zu erhöhen. Mittlerweile sind wir froh, auf die Mitarbeit eines Sekretariats ad interim zählen zu können. Wir warten mit Interesse auf die Ernennung einer Person, welche Claudio Franscella ersetzt. Die Nachfolge von Claudio anzutreten ist keine einfache Sache, denn er war

eine markante Persönlichkeit innerhalb der Gewerkschaft OCST. Es kommen grosse Herausforderungen auf uns zu, denn die vom kantonalen Departement für Gesundheit und Sozialwesen beschlossenen Tageszentren werden in den zwei kommenden Jahren 2013 und 2014 in Kraft treten.

Trotz der teilweise grossen Hitze haben wir diesen Sommer pausenlos gearbeitet. Wir haben insbesondere den letzten Ferienaufenthalt 2012 in den Thermalbädern organisiert (vom 11. bis 18. November mit bisher 40 Anmeldungen). Wir haben Artikel verfasst, welche in der Zeitung «Il lavoro» für GenerazionePiù erscheinen werden, sowie einen Text für die Zeitung «Giornale del Popolo», in welcher einmal pro Monat ein Platz für unsere Rentnervereinigung reserviert ist.

Unsere Publikation «Vademecum» wird vor Ende Oktober dieses Jahres, welches das Jahr des aktiven Alters und vor allem das Jahr der Solidarität zwischen den Generationen ist, erscheinen.

Dieses Thema lässt sich wie folgt umschreiben: In der täglichen Wirklichkeit kann man feststellen, dass sich die Zusammensetzung der Familien und die gesellschaftliche Ordnung verändert haben. Die verschiedenen Generationen werden untereinander isoliert und die Gesprächsbereitschaft ist gesunken. Es sind Ghettos entstanden: die Jungen mit den Jungen, die Senioren mit den Senioren und die Leute die in Armut leben bleiben ebenfalls unter sich. Ungefähr zehn Personen werden sich im «Vademecum» zu dieser Problematik äussern.

Ferner führen wir weiterhin Informatik-Kurse durch und wir geben uns Mühe bei der Aktualisierung unserer Internetseite G+.

Nochmals ein grosses Dankeschön an Claudio und unsere besten Wünsche für seine neue Tätigkeit. An alle: viel Befriedigung bei eurer Arbeit.

Lugano, 20. September 2012

Maria Luisa Delcò

Walliser Verband der Rentner

Der Walliser Verband der Rentner (WVR) wurde 1991 gegründet. Er hat gegenwärtig etwa 7'000 Mitglieder verteilt auf 19 Kollektivmitglieder und ein paar Einzelmitglieder. Im Verhältnis zu den 58'000 über 65-jährigen Personen im Kanton (310'000 Einwohner) haben wir noch Spielraum nach oben.

Unser Verband befasst sich mit folgenden Tätigkeitsfeldern:

Politische Tätigkeiten

Seit 2002 sind wir anerkannter Gesprächspartner des Regierungsrats und wir nehmen Stellung in den Vernehmlassungsverfahren von allen neuen Gesetzesvorlagen. Wir haben uns schon zu so verschiedenen Vorlagen geäußert wie zum Beispiel die Anwendung des eidg. Ausländergesetzes, die Zulassungsbedingungen zu politischen Aemtern, die Teilrevision des Steuergesetzes und noch zu anderen Themen. Zu Vorlagen, welche die älteren Menschen nicht direkt betreffen geben wir also gleichwohl eine fachbezogene Antwort.

Commission consultative cantonale pour le développement de la politique en faveur des personnes âgées ist eine paritätische Kommission WVR-Kanton Wallis, welche Resolutionen zuhanden des Regierungsrats beschliesst. Dieser leitet die Resolutionen an die verantwortlichen Stellen weiter, welche die Machbarkeit abklären. Beispiele von behandelten Themen:

- Gesetz über die Langzeitpflege, die Kette von Domizil bis Alters- und Pflegeheim,
- Steuerabzug (Fr. 3'000.--) für Leute, welche eine ältere Person pflegen,
- Erhöhung des Abzugs für die Krankenkassenprämien, welcher

sich ab 2013 verdoppelt (Fr. 3'500.-- für eine alleinstehende Person und mehr als Fr. 7'000.-- für ein Ehepaar).

Unser Verband ist in dieser Kommission mit acht Personen vertreten.

Unsere Beziehungen zu den angeschlossenen Kollektivmitgliedern: Der WVR nimmt an den Jahresversammlungen seiner Kollektivmitglieder teil. Er unterstützt sie finanziell bei ihren administrativen Arbeiten und hilft bei der Verwirklichung von einzelnen Projekten, wie zum Beispiel der Kantonale Seniorenmarsch, die Ausbesserung eines Wanderwegs in den Bergen, die Erneuerung einer Kapelle, die Organisation von Ferienaufenthalten oder sogar von Auslandsreisen, oder eine Unterstützung für einen Seniorenchor.

Ständige Arbeitsgruppen:

Die Arbeitsgruppe für das «BINDE-GLIED», ein zweisprachiges Mitteilungsblatt, welches viermal pro Jahr mit einer Auflage von 1'500 Exemplaren erscheint.

Die Arbeitsgruppe für Gesundheit und Sozialfragen hat an der Organisation des letzten Altersparlaments aktiv mitgewirkt. Seit-her beschäftigt sie sich unter anderem mit der Ausarbeitung von speziell für Senioren geeigneten Ferienplänen.

Le cycle de conférence/débats ist eine neue Form der Kommunikation (zusätzlich zur Landsgemeinde und zum Altersparlament), welche vom WVR zum Anlass des Europäischen Jahres des aktiven Alters und der Zusammenarbeit zwischen den Generationen eingesetzt wurde. Die fünf folgenden Themen, das erste auf

deutsch, die anderen auf französisch, wurden vom 8. Mai - 18. Oktober 2012 an sechs verschiedenen Orten behandelt:

- Bewegt ins Alter,
- vivre chez soi à tous les âges,
- le travail de mémoire, les racines, les traces et les évolutions,
- la sécurité par le partage, sécurité sociale et assurances,
- faire face aux risques à tous les âges.

Diese Aktion wurde durch eine grosse Werbekampagne (ca. 70'000 Prospekte) unterstützt und von Herrn Jean-Pierre Fragnière, Professor an den Universitäten Genf und Neuenburg und

Direktor des INAG (Institut Universitaire Ages et Générations) geleitet. Die teilnehmenden Personen wurden zum aktiven Mitmachen eingeladen, es gab musikalische Darbietungen und es wurde auch auf eine gute Stimmung angestossen. An jeder Veranstaltung waren Spezialisten anwesend, sowie Informations- und Präsentationsstände, die vor, während und nach der Veranstaltung sichtbar waren. Die Zahl der Teilnehmer/innen war beachtlich.

Jean-Pierre Salamin,
Präsident des Walliser Verbandes der Rentner.

SVP diskriminiert ältere und kranke Menschen

Seit vielen Jahrzehnten basiert das Schweizerische Gesundheitswesen auf dem Gemeinsinn und der generationenübergreifenden Solidarität. In einem Positionspapier der SVP wurde dieses bisher bewährte Prinzip vom Parteipräsidenten Toni Brunner am Mittwoch, 11. Juli 2012, vor den Bundeshausmedien infrage gestellt.

Was will die SVP? Sie will unter anderem in Zukunft ältere Menschen bei den Krankenkassenprämien mehr belasten, und zwar durch die Erhöhung des Selbstbehalts von 700 auf 1400 Franken und durch die Festsetzung der Mindestfranchise auf 2500 Franken. Toni Brunners Begründung zu diesem Vorschlag: Ältere Menschen sind die grossen Kostenverursacher!

Ausgerechnet einen Tag vor der erwähnten Medienkonferenz wurde vom Schweizerischen Gesundheitsobservatorium Obsan eine statistische Auswertung über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen von 1998 bis 2010 veröffentlicht. In diesem Bericht werden die Aussagen der SVP mit den folgenden Zahlen deutlich widerlegt:

„Die Ausgaben der Krankenkassen sind in den erwähnten 12 Jahren um nominal 77 Prozent oder 9 Milliarden Franken gestiegen. Nur 590 Millionen davon oder 6,5 Prozent

sind auf die Alterung der Menschen zurückzuführen. Dagegen sind 14,4 Prozent oder 1,3 Milliarden Franken durch die Bevölkerungszunahme zu erklären.“

Dies sagte Maik Roth, Autor der Obsan-Studie. In der statistischen Auswertung des Obsan wurden noch einige weitere Gründe und Meinungen für den Prämienanstieg erwähnt.

Eigentlich ist es sehr bedauerlich, dass die SVP eine ganze Generation mit bald 20 Prozent der schweizerischen Gesamtbevölkerung mit ihrem Positionspapier richtiggehend diskriminiert. Sind nicht gerade die heute Ältesten unserer Gesellschaft in früheren Jahren die Gesundesten gewesen, sonst wären sie gar nicht mehr am Leben! Haben nicht gerade auch deshalb diese alten Menschen in den vergangenen Jahrzehnten die grössten Solidaritätsbeiträge in Form von Krankenkassenprämien geleistet? Zudem ist der heutige, wirtschaftliche Wohlstand in unserem Land unter anderem auch diesen Leuten zu verdanken. Mitverantwortlich ist diese Generation ebenfalls, dass wir heute in der Schweiz weltweit eines der qualitativ hochstehendsten Gesundheitswesen haben. Eine generationenübergreifende Solidarität lohnt sich auch heute und morgen noch!

22. Juli 2012

Joseph Zosso, Schmiten FR

Hilfe in Aussicht für Personen, die Angehörige pflegen

Die Nationalrätin Frau Lucrezia Meier-Schatz (CVP / SG) hat folgende parlamentarische Initiative eingereicht:

Der Gesetzgeber trifft die nötigen Massnahmen für die Schaffung einer Pflegezulage, welche an Personen, die Angehörige pflegen, ausbezahlt wird.

Frau Meier-Schatz beruft sich auf Artikel 160, Absatz 1, der Bundesverfassung und auf Artikel 107 des Parlamentsgesetzes. Ihre Initiative wurde von 39 anderen Mitgliedern des Parlaments mit-

unterschrieben und vom Nationalrat mit 90 gegen 77 Stimmen angenommen.

Viele Leute (meistens Frauen), welche Angehörige pflegen, erleiden einen Verdienstausschlag. Die Initiative von Frau Meier-Schatz will, dass dieser Verlust mindestens teilweise kompensiert werde. Pflege in einem Heim ist teuer für die Allgemeinheit. Es ist nur gerecht, dass Personen, welche Angehörige zu Hause pflegen, eine Entschädigung erhalten, auch wenn diese Pflege im Familien- oder Verwandtenkreis als selbstverständlich gilt. mg